



Presseschau vom 12.08.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voiceevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

vormittags:

rusvesna.su: Die Ukraine birgt die Katastrophe: Den von der ukrainischen Armee besetzten Städten des Donbass drohen Epidemien.

Folgen der "Befreiung": Aufgrund des Fehlens von Chlor trinken Bewohner der Städte im Donbass, die von Kiew besetzt sind, ungereinigtes Wasser.

Bekanntlich wurde Mitte Juni aufgrund von Problemen bei der Bezahlung von Gas der Betrieb der DnjeproAsot-Anlage, dem einzige Unternehmen in der Ukraine, das Substanzen zur Reinigung von Trinkwasser produziert, eingestellt. So blieben die Wasserkanäle des Landes ohne flüssiges Chlor, was die Gefahr einer ökologischen Katastrophe von landesweitem Ausmaß darstellte.

Das führte dazu, dass in den Wasserbetrieben Kiews, Charkows, Nikolajews, Kriwoj Rogs und anderer größerer Städte des Landes begonnen wurde ernsthaft darüber zu sprechen, die Wasserversorgung einzuschränken oder völlig einzustellen.

Mehr als einen Monat gab es Informationen über die Wiederaufnahme der Arbeit von DnjeproAsot und die Lieferung der ersten Chlor-Tanks. Laut einigen ukrainischen Medien lief die Produktion der Fabrik jedoch nur mit 10% ihrer Kapazität. Die Illusion, das Problem zu lösen, wurde jedoch geschaffen, und dieses Thema wurde von den „Titelseiten“ entfernt.

Aber eine signifikante Unterproduktion eines strategisch wichtigen Stoffes für die Wasserversorgung konnte nicht ohne Folgen bleiben.

Offenbar mussten verantwortliche Regierungsbeamte wählen, wo das knappe Chlor zuerst

eingesetzt werden sollte und wo man „leiden“ könnte. Zu die Letzteren, wie sich leicht denken lässt, fielen auch die Städte des Donbass, die von der Ukraine kontrolliert werden. Gemäß den verfügbaren Informationen ist das Chlor, das für die Reinigung des Trinkwassers notwendig ist, das aus dem Kanal „Sewerski Donez - Donbass“ kommt, vor mehr als einem Monat ausgegangen. Ersatzweise wurde Wasser für mehrere Wochen mit Hilfe von alten Manganvorräten gereinigt. Jedoch, vor ungefähr zwei Wochen, waren auch diese Bestände erschöpft, und im Moment wird das Wasser, das den Abnehmern von „Woda Donbassa“ geliefert wird, die in den von Kiew besetzten Territorien leben, überhaupt nicht geklärt. Gleichzeitig ist es den Mitarbeitern des Wasserversorgungsunternehmens unter Androhung der Kündigung strengstens verboten, die Bürger zu informieren und öffentlich darüber zu sprechen, dass unbehandeltes Wasser aus den Wasserhähnen fließt.

Das einfache Abkochen von ungeklärtem Wasser schützt die Bevölkerung natürlich nicht vor der Gefahr solch schrecklicher Krankheiten wie Diphtherie oder Cholera, wodurch die Bedrohung durch Epidemien in dem Teil des Donbass, der von Kiew kontrolliert wird, ziemlich ernst wird.

Und regelmäßig ausschließlich ökologisch reines Wasser zu kaufen und zu konsumieren, sind viele Menschen aus finanziellen Gründen einfach nicht in der Lage.

Die ukrainischen Behörden, denen das Problem bekannt ist, ziehen es vor, es zu verschweigen um keine Entscheidungen treffen zu müssen. Schließlich ist der Kauf von Chlor aus dem „Aggressorland“ irgendwie unangenehm, und der Import aus Europa ist zu teuer.

Die Tatsache, dass die Opfer dieser Politik Tausende von unschuldigen Menschen sein können, ist dem offiziellen Kiew absolut egal. Doch seine eigene anti-menschliche Logik ist dabei vielleicht: Wenn bei einer großen Zahl von Bewohnern der „unzuverlässigen Separ-Region“ eine Katastrophe eintreten sollte, werden weniger Bürger bei den nächsten Wahlen für Gegner des jetzigen Regimes stimmen.

Nun, wir können in dieser Situation unseren Landsleuten nur gute Gesundheit wünschen und hoffen, dass es trotz der kriminellen Schlamperei der Kiewer Behörden nicht passieren wird, dass es auf wundersame Weise nicht geschieht.



http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/gryaznaya_voda_iz_krana.jpg

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden einmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Das Gebiet von **Donezkij** wurde mit 82mm-Mörsern und Schützenpanzerwaffen beschossen.

de.sputniknews.com: Russlands Verteidigungsminister warnt Deutschland.

Der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu hat seine deutsche Amtskollegin Ursula von der Leyen ausdrücklich davor gewarnt, Russland aus einer Position der Stärke zu behandeln. Russland werde einen solchen Umgang nicht dulden, sagte Schoigu und erinnerte dabei an den Ausgang des Zweiten Weltkrieges.

Von der Leyen hatte im April gefordert, „aus einer Position der Geschlossenheit und Stärke“ mit Moskau zu sprechen. Ein „harter“ Russland-Kurs sei nötig, weil „Präsident Putin keine Schwäche schätzt“.

Am gestrigen Samstag wurde Schoigu in einem Fernsehinterview auf von der Leyens Äußerungen angesprochen. Dabei empfahl er der deutschen Ministerin einen Rückblick in die Geschichte.

„Nach all dem, was Deutschland unserem Land angetan hat, müsste es in den nächsten 200 Jahren diesbezüglich lieber schweigen“, urteilte der russische Verteidigungschef.

Deutschland sollte seine „Großväter fragen“, was werde, wenn man mit Russland aus der Position der Stärke zu sprechen beginne, so Schoigu weiter. Dabei versicherte er, dass Russland für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit weiter offen sei.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/30376/31/303763135.jpg>

de.sputniknews.com: Ukraine setzt russisches Tankschiff mit Mannschaft fest.

Der Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) beabsichtigt, das russische Tankschiff „Mechanik Pogodin“, das einem von Kiew mit Sanktionen belegten Unternehmen aus Russland gehört, zu arretieren. Dies teilte der ständige Vertreter des ukrainischen Präsidenten auf der Krim, Boris Babin, mit.

„Mitarbeiter des Hauptamtes des SBU in der Autonomen Republik Krim haben das unter russischer Flagge fahrende Schiff ‚Mechanik Pogodin‘ IMO 9598397 ermittelt und dokumentiert, das sich im Besitz eines russischen Unternehmens befindet, welches auf der Sanktionsliste des Rates für nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine SNBO verzeichnet ist“, schrieb Babin am Freitag auf Facebook.

Nach seinen Angaben sei das Schiff am Freitag in den Seehandelshafen von Cherson eingelaufen. Der Beamte brachte seine Überzeugung zum Ausdruck, dass das Schiff „den Hafen so bald nicht verlassen“ werde. Er bringe diese Angelegenheit unter eigene Kontrolle, so Babin.

Auf die Frage von Facebook-Nutzern, ob ein Gerichtsbeschluss über die Arretierung des Schiffes vorliege, schrieb Babin: „Einen solchen Beschluss gibt es noch nicht, der wird aber

unausbleiblich gefasst.“

de.sputniknews.com: „Für den dritten Weltkrieg“: Testen USA ihre Bio-Waffen im Baltikum? Hinter den jüngsten Ausbrüchen der afrikanischen Schweinepest (ASP) in Osteuropa sieht ein Kolumnist von „Sputnik Lettland“ Biowaffentests der USA. Nach Ansicht des Journalisten bereiten sich die Staaten damit auf einen „dritten Weltkrieg“ vor.

Laut Alexander Chrolenko weisen die USA in ihrem Plan den baltischen Staaten eine besondere Rolle zu – nämlich die des Haupttestgeländes.

„Die Fakten liegen auf der Hand. Im Juni wurden in Lettland 165 Tiere mit ASP diagnostiziert. Nachträglich musste man in Litauen etwa 20.000 Tiere töten. Die Verluste sind enorm“, schreibt Chrolenko.

Darüber hinaus werde den lettischen Bauern empfohlen, überhaupt auf Schweinezucht zu verzichten, weil 41 Ausbrüche von ASP im Land festgestellt worden seien.

Diese Ausbrüche, glaubt Chrolenko, seien paradox, weil der Virus normalerweise nicht gegen das kalte Klima Osteuropas resistent ist; in so einer kurzen Zeit könne diese Eigenschaft nur in einem Labor entwickelt werden.

Chrolenko verdächtigt das Labor in Fort Detrick, wo das US-amerikanische Militär biologische Waffen und gefährliche Erreger erforscht hätte.

„Die überall in der Welt geschaffenen mehr als 400 Bio-Labors des Pentagons und das globale Monitoring-System entwickeln und erforschen die Auswirkungen von neuesten Virenstämmen auf die Menschen – direkt oder indirekt, durch ASP oder Untergrabung der Ernährungssicherheit“, so der Autor.

Als Beweis führt Chrolenko die Tatsache an, dass fast gleichzeitige ASP-Ausbrüche in Georgien, Moldau, Polen, in der Ukraine und im Baltikum mit der Schaffung eines Netzes von Pentagon-Labors in diesen Ländern zusammengefallen seien.

„Offensichtlich untersucht das Pentagon die Auswirkungen neuer und mutierter Viren in jeder spezifischen Region“, erläutert Chrolenko.

Die Behörden der betroffenen Staaten haben laut dem Kolumnisten wahrscheinlich keine Ahnung von den Endergebnissen dieser Forschungen, weil die gefährlichen Projekte in verschiedenen Labors und Ländern verstreut seien. Demnach werde der vollständige Bericht erst in Fort Detrick zusammengestellt.

Chrolenko fügt hinzu, dass die epidemiologischen Überwachungssysteme der beteiligten Staaten auf US-Standards umgestellt würden, damit die Informationen über verdächtige Erkrankungsfälle automatisch in die USA geschickt werden.

Der Autor glaubt, dass sich die Häufigkeit und Gefahr biologischer Vorfälle erhöhen werde, weil diese Technologien „die Säuberung des Lebensraums“ wesentlich verbilligen und den Kampf um die Ressourcen des Planeten vereinfachen würden. Zudem würden sie extrem lukrativ für den Schöpfer der Viren sein, resümiert Chrolenko.

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 11. August 3:00 Uhr bis 12. August 3:00 Uhr:

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 2.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: Sosnowskoje, Staromichajlowka.

Nach genaueren Informationen wurden im Ergebnis des Beschusses von Seiten der

ukrainischen Streitkräfte am 10.08.2018 auf Gorlowka (Bergwerk 6/7) folgende Schäden festgestellt:

- Wesennjaja-Straße 39 – es brannten eine Sommerküche, eine Scheune und ein Gartenhäuschen ab.

Wie bereits mitgeteilt wurde, wurden beim Beschuss von Staromichajlowka folgende Häuser beschädigt:

- Straße der Bachinsker Kommissare 6 – direkter Treffer, die Wand eines Hausflügels ist zerstört;

- Straße der Bachinsker Kommissare 8 – Verglasung beschädigt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 11.

Wir erinnern daran, dass die Zahl Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 194.

Ab 00:01 Uhr am 1. Juli 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regime der Feueereinstellung – der „Brot“-waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: Nach Aufbringung russischen Tankers durch Ukraine: Moskau verspricht harte Antwort.

Der russische Unterhaus-Abgeordnete Leonid Kalaschnikow hat der Ukraine harte Gegenmaßnahmen im Zusammenhang mit der Ankündigung angedroht, das russische Tankschiff „Mechanik Pogodin“ zu arretieren.

Sollten die ukrainischen Behörden dies tun, würden die Gegenmaßnahmen noch härter sein als die in der Situation mit der Aufbringung des russischen Fischereibootes „Nord“ im März, so Kalaschnikow.

Zuvor hatte der ständige Vertreter des ukrainischen Präsidenten auf der Krim, Boris Babin, auf Facebook mitgeteilt, dass der Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) beabsichtige, das russische Tankschiff „Mechanik Pogodin“ zu arretieren, das einem mit Kiewer Sanktionen belegten Unternehmen aus Russland gehöre.

Laut Babin sei das russische Tankschiff am Freitag in den Seehandelshafen von Cherson (Ukraine) eingelaufen. Der Beamte brachte seine Überzeugung zum Ausdruck, dass das Schiff „den Hafen so bald nicht verlassen“ werde. Er bringe diese Angelegenheit unter eigene Kontrolle, so Babin.

Indes erfuhr die ukrainische Agentur UNN aus einer Quelle im SBU, dass noch kein Gerichtsbeschluss über den Arrest des russischen Schiffes vorliege.

Das ist nicht der erste Fall dieser Art mit einem russischen Schiff in der Ukraine. Ende März hatte der ukrainische Grenzschutz im Asowschen Meer den russischen Fischkutter „Nord“ (mit Heimathafen auf der Krim) aufgebracht, der angeblich die ukrainische Seegrenze verletzt hatte. An Bord befanden sich zehn russische Staatsbürger, die von den Kiewer Behörden jedoch als Staatsbürger der Ukraine betrachtet werden. Gegen neun der Besatzungsmitglieder sind Geldstrafen verhängt worden. Dem Schiffskapitän drohen fünf Jahre Haft. Zwei Besatzungsmitglieder sind inzwischen auf die Krim zurückgekehrt.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32192/20/321922003.jpg>

nachmittags:

de.sputniknews.com: Lettischer Politiker warnt vor „katastrophalen“ Schäden wegen Russland.

Lettlands Transitverkehr leidet erheblich wegen der schlechten Beziehungen zu Russland. Dies erklärte Alexej Medwedew, ein Abgeordneten kandidat für die Saeima (das lettische Parlament), in einer Video-Mitteilung auf Facebook.

„Als jemand, der in Ventspils geboren wurde und dort das ganze Leben gewohnt hat – in einer Stadt, wo die Haupteinnahmequelle der Hafen ist –, kann ich die katastrophale Situation unseres Landes im Transitverkehr nicht verschweigen. Die rasche Verringerung der Transitgüterströme wirkt sich nicht nur auf die Bürger der Hafenstädte negativ aus. Sie wirkt sich auf alle Einwohner unseres Staates aus“, sagte Medwedew.

Nach seinen Angaben hatte der See- und Eisenbahnverkehr 2016 rund 700 Millionen Euro nach Lettland gebracht, 2018 soll sich der Umsatz aber deutlich reduzieren. In der Zukunft würde das Problem nur noch größer werden. Medwedew ist sich sicher, dass dies in direktem Zusammenhang mit der Außenpolitik Rigas steht.

„Die Zuspitzung der lettisch-russischen Beziehungen vernichtet buchstäblich eine der Haupteinnahmequellen des Staatshaushalts. In den letzten Jahren hat Russland mehrere neue Häfen in der Ostsee-Region gebaut. Dorthin fließen jetzt unsere Millionen Euro. Wir müssen verstehen, dass Europa jedenfalls russische Güter erhalten wird. Russland wird sie in jedem Fall verkaufen und liefern. Niemand wird verlieren, außer Lettland, das bereits aus diesem Schema ausgeschlossen ist“, beklagte sich der Politiker.

Jedoch sei es möglich, so Medwedew, mithilfe von Kompromissen das Problem zu lösen. Laut Angaben von „Sputnik Lettland“ verlor das Land wesentlich an Transitgütermenge, nachdem Russland mit der Entwicklung seiner Infrastruktur im Baltikum sowie mit der Erhöhung der Auslastung der Eisenbahn in der Leningrader Region begann.

Die Organisation „Baltischer Verband – Transport und Logistik“ meldete, dass sich der Eisenbahnverkehr innerhalb vier Jahren um 23 Prozent und der Umsatz der lettischen Häfen um 16 Prozent verringert hätten. Dabei soll die Volkswirtschaft mindestens 132 Millionen Euro verloren haben.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32192/25/321922554.jpg>

Lug-info.com: Die Vertretung der LVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination hat die Folgen des abendlichen Beschusses der Kiewer Truppen auf **Donezkij** ermittelt.

Der offizielle Vertreter der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko hatte mitgeteilt, dass die ukrainischen Streitkräfte am 11. August um 19:15 Uhr aus Richtung Nowotoschkowskoje das Feuer auf Donezkij unter Verwendung von Mörsern des Kalibers 82mm und Schützenpanzerwaffen eröffnet haben. ...

Durch den Beschuss wurden das Dach, eine Wand und Fenster der allgemeinbildenden Schule in der Moskowskaja-Straße beschädigt. Verletzte gibt es nicht.

de.sputniknews.com: Putin: Kaspische Konvention garantiert Nichtanwesenheit von außerregionalen Mächten.

Das Gipfeltreffen der fünf Staaten am Kaspischen Meer ist von außergewöhnlicher, epochaler Bedeutung. Laut dem russischen Präsidenten Wladimir Putin garantiert die Konvention (über den Rechtsstatus des Kaspischen Meers – Anm. d. Red.) die Nichtanwesenheit von außerregionalen Mächten an dem Meer.

„Unser Gipfel hat eine außergewöhnliche, vielleicht sogar wirklich epochale Bedeutung. Die bei mehr als 20 Jahre währenden Verhandlungen ausgearbeitete Konvention über den Rechtsstatus des Kaspischen Meers verankert das ausschließliche Recht und die Verantwortung unserer Länder für das Schicksal des Kaspischen Meeres und etabliert klare Regeln für seine gemeinsame Nutzung“, sagte Putin bei dem Gipfeltreffen.

Dem russischen Präsidenten zufolge wurde das Dokument auf der Grundlage eines Konsensus entwickelt.

„Es ist wichtig, dass die Konvention die Fragen der notwendigen Abgrenzung und der Modi von Schifffahrt und Fischerei klar regelt sowie die Grundsätze der militärischen und politischen Zusammenarbeit zwischen den Ländern festlegt und die Verwendung des Kaspischen Meeres ausschließlich für friedliche Zwecke und die Nichtanwesenheit von Streitkräften außerregionaler Mächte an dem Meer garantiert“, so Putin weiter.

In der kasachischen Stadt Aktau findet am 12. August ein Treffen der Präsidenten der fünf Küstenstaaten (Russland, Aserbaidshan, Iran, Kasachstan und Turkmenistan) statt, bei dem ein für die Region historisches Dokument – die Konvention über den Rechtsstatus des Kaspischen Meers – unterzeichnet werden soll.

Nach dem Ende der Sowjetunion 1991 ist der völkerrechtliche Status des Kaspischen Meeres

immer noch nicht geregelt. Die Anrainerstaaten konnten sich bislang nicht auf die Abgrenzung der Ressourcen einigen.

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters des operativen Kommandos der DVR zur Lage am 12. August 2018:

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner die Intensität des Beschusses auf Ortschaften unserer Republik gesenkt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 28. mechanisierten Brigade unter Anführerschaft des Kriegsverbrechers M. Marschenko auf **Staromichajlowka** fünf Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert und außerdem mit Schusswaffen geschossen.

In **Richtung Mariupol** wurde **Sosnowskoje** von Seiten der ukrainischen Besatzer beschossen. Die ukrainischen Terroristen der 36. Marineinfanteriebrigade unter Leitung des Mörders A. Gnatow feuerten sechs Mörsergeschosse des Kalibers 120mm auf die Ortschaft ab und verwendeten Schusswaffen.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **zwei Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der ukrainischen Besatzungskräfte festgestellt.

Beim Beschuss von Staromichajlowka wurden zwei Häuser in der Straße der Bakinsker Kommissare beschädigt.

Unsere Aufklärung erhält weiter **Informationen über die Ausbildung von Kämpfern unter Leitung von NATO-Instrukteuren.**

So durchlaufen 30 Scharfschützen eine Ausbildung in einem Trainingslager in der Nähe von Mariupol. Wir schließen nicht aus, dass die Ausbildung der Scharfschützen im Zusammenhang mit der Lieferung einer Partie von Scharfschützengewehren aus NATO-Ländern, über die wir zuvor berichtet hatten, erfolgt.

Außerdem hat unsere Aufklärung die Kontrolle von Maßnahmen in einem Feldartillerielager der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ im Gebiet von Rosowka, 60 km von der Kontaktlinie, festgestellt.

Nach Informationen aus zuverlässigen Quellen werden in der letzten Zeit in dem Lager Arbeiter zur **Schaffung zusätzlicher Plätze zur Lagerung von großkalibriger Artilleriemunition und von Munition für Mehrfachraketenwerfer** durchgeführt. Im September wird zusätzliche Munition für großkalibrige Artillerie und Mehrfachraketenwerfer **aus Ländern des ehemaligen Warschauer Vertrags**, wo sie zur Abschreibung und zur Entsorgung vorgesehen war, in das Lager geliefert werden.

Wir wir sehen, wird die Zone der Operation der Besatzungskräfte im Südosten der Ukraine als **Übungsplatz für die Entsorgung von abgeschriebener Munition westlicher Länder** genutzt. Dabei wird die Munition von der Ukraine für riesige Summen als verwendbar gekauft. Wir wissen noch nicht, welche Summe an „Provisionen“ diese Staaten der militärisch-politischen Führung der Ukraine beim Abschluss solch günstiger Verträge gezahlt haben, aber wir wissen, welchen Preis die Ukraine zahlen wird. Es sind Tausende in Elend lebende Bürger der Ukraine, die keine Mittel für Essen und für die kommunalen Gebühren und Mieten haben, Hunderte von Kämpfern der ukrainischen Streitkräfte, die weiter aufgrund von Detonationen abgelaufener und defekter Geschosse sterben werden.

Es sind Dutzende und Hunderte friedlicher Bürger unserer Republik, die aufgrund dieser Munition sterben können.

de.sputniknews.com: „Zu riskant“: Russische Regierung erwägt Verzicht auf US-Dollar.

Der russische Finanzminister Anton Siluanow hat den amerikanischen Dollar als ein unzuverlässiges Instrument eingeschätzt und in diesem Zusammenhang laut den Medien einen Übergang zu den Nationalwährungen beim Öl-Handel nicht ausgeschlossen.

Bei einer Live-Sendung im TV-Sender „Rossija“ erklärte Siluanow, dass er es für möglich

halte, die Verrechnungen beim Öl-Handel in Nationalwährungen vorzunehmen und nicht wie bisher in Dollar.

„Das ist nicht ausgeschlossen“, beantwortete der Minister eine entsprechende Frage des Moderators der Sendung „Sonntagabend mit Wladimir Solowjow“.

„Wir haben unsere Reserve-Einlagen in US-Aktiva bereits reduziert. Der Dollar entwickelt sich schon zu einem Risiko-Instrument für Verrechnungen“, so Siluanow.

Der Chef des Finanzamtes versicherte zudem, dass die Regierung nicht plane, die US-Unternehmen zu schließen, die in Russland tätig seien, und führte als Beispiel „McDonalds“ an. „In diesen Unternehmen arbeiten unsere Bürger“, erläuterte er die Position des Ministerkabinetts.

Zuvor hatten Vertreter der russischen Behörden mehrmals von dem Wunsch gesprochen, zu Verrechnungen in Nationalwährungen überzugehen. So hatte Wladimir Putin während des Petersburger internationalen Wirtschaftsforums auf die Hindernisse hingewiesen, die die USA bei Verrechnungen in Dollar schaffen.

„Indem sie ihre aktuellen geschäftlichen und politischen Fragen zu lösen versuchen, untergraben sie das Vertrauen zu ihrer Währung als zu einer einzigen Welt-Reserve-Währung. Und alle fangen an, darüber nachzudenken, wie man dieses Monopol loswerden könne“, erklärte Ende Mai der russische Staatschef.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/30191/11/301911103.jpg>

de.sputniknews.com: Lawrow bereitet in Ankara Syrien-Gipfel mit Deutschland vor. Der russische Außenminister Sergej Lawrow soll am 13. August zu einem Besuch in die türkische Hauptstadt Ankara reisen, wo er mit seinem türkischen Amtskollegen Mevlüt Çavuşoğlu die Vorbereitung eines Gipfeltreffens der Spitzenpolitiker der Türkei, Russlands, Frankreichs und Deutschlands zur Syrien-Regelung besprechen wird.

„Die Minister werden die Vorbereitungen für das bald in der Türkei geplante vierseitige Gipfeltreffen der Präsidenten von Russland, der Türkei, Deutschland und Frankreich zur Syrien-Regelung erörtern“, heißt es in der Mitteilung auf der offiziellen Website des russischen Außenministeriums.

Die Außenminister würden auch die Stabilisierung der Situation in Syrien sowie die Nahost-Regelung besprechen. Darüber hinaus soll es auch um die Situation im Nahen Osten, in Nordafrika, in Transkaukasien, in Zentralasien, in der Ukraine und in der Schwarzmeerregion gehen.

Im Juli hatte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan angekündigt, dass das Gipfeltreffen der Spitzenpolitiker der Türkei, Russlands, Deutschlands und Frankreichs am 7. September in Istanbul stattfinden werde.

Mil-Inr.info: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko:

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt angespannt.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **einmal das Regime der Feueereinstellung verletzt**. Das Gebiet von **Donezkij** wurde beschossen. Dabei verwendeten die ukrainischen Kämpfer 82mm-Mörser und Schützenpanzerwaffen. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik mehr als zehn Geschosse abgefeuert. Die Befehle zur Eröffnung des Feuers erteilte der Kriegsverbrecher und Kommandeur der 53. mechanisierten Brigade Grusewitsch. Beim Beschuss von Donezkij wurde die allgemeinbildende Schule beschädigt. Durch glücklichen Zufall konnten Opfer vermieden werden.

Das Niveau der Unzufriedenheit und des Misstrauens der Bürger der Ukraine gegenüber der derzeitigen Regierung ist so hoch, dass es Land möglicherweise ein neuer offener Konflikt entsteht. Vertreter des faschistischen Marionettenregimes Poroschenko fürchten dies und versuchen mit allen möglichen Mitteln die Dissidentenelemente loszuwerden.

Nach Informationen zuverlässiger Quellen haben in Lissitschansk gemeinsame Antiterror- und **Antidiversionsübungen** aller militärischen Behörden der Ukraine stattgefunden. Aber diese Übungen waren nur ein **Deckmantel für Maßnahmen zur „Säuberung“ von der Kiewer Regierung nicht genehmen zivilen Einwohnern**, außerdem wurden **Fragen einer gewaltsamen Einnahme des Territoriums der Republik** in diesem Abschnitt bearbeitet. Außerdem sind für den 15. bis 17. August auf dem Territorium des Sakarpatskaja-Oblast derartige „Säuberungen“ geplant, unter dem Deckmantel ebensolcher taktischen Spezialübungen von Einheiten der militärischen Strukturen der Ukraine.

Ich erkläre unsererseits, dass die Volksmiliz der LVR die Minsker Vereinbarungen streng einhält und die Verpflichtungen zur friedlichen Regelung des Konflikts achtet. Dennoch behalten wir uns das Recht vor, im Fall einer militärischen Aggression von Seiten des Gegners operativ mit Gegenmaßnahmen zu reagieren und den Feind entschieden abzuwehren.

de.sputniknews.com: Lawrow: USA haben Probleme mit C-Waffen-Abrüstung, nicht Russland.

Die USA haben im Unterschied zu Russland Probleme mit der C-Waffen-Abrüstung. So kommentierte Russlands Außenminister Sergej Lawrow am Sonntag in Aktau beim Kaspigipfel eine mögliche Verhängung von neuen antirussischen Sanktionen durch die USA, sollte Russland die von Washington gestellten Forderungen nicht erfüllen.

„Die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) hat schon vor drei Jahren nach allen denkbaren Inspektionen bestätigt, dass der Prozess der C-Waffen-Abrüstung Russlands beendet ist. Etwa zu derselben Zeit hätten dies auch die USA tun müssen. Sie haben wieder um eine Verschiebung gebeten - jetzt bis Anfang der 20-er Jahre. Sodass man eher sagen muss, dass die USA Probleme mit der C-Waffen-Abrüstung haben“, sagte Lawrow vor der Presse.

Wie er ferner ausführte, seien Russlands Betriebe für Inspektionen offen.

„Sie haben alles, was sie wollten, besucht und sind zu dem Schluss gekommen, von dem ich eben erst geredet habe“, so Lawrow.

Was die US-Forderungen anbelangt, so erklärte der Chefdiplomat, dass Russland nach Aussagen Washingtons binnen drei Monaten nach der Verhängung des ersten Pakets von Sanktionen eine gewisse Garantie vorlegen müsse. Unter anderem sollte Russland demnach garantieren, dass es „sich nicht mehr so benehmen“ und erlauben wird, dass internationale Inspektoren bei Bedarf russische Chemiebetriebe besuchen könnten.

In der kasachischen Stadt Aktau fand am Sonntag ein Treffen der Präsidenten der fünf Kaspianrainerstaaten (Russland, Aserbaidschan, Iran, Kasachstan und Turkmenistan) statt, bei dem ein für die Region historisches Dokument – die Konvention über den Rechtsstatus des Kaspischen Meeres – unterzeichnet wurde.

de.sputniknews.com: Kaspi-Gipfel: Putin wirbt für engere Militärkooperation.
Russlands Präsident Wladimir Putin hat sich beim historischen Gipfel der fünf Kaspi-Anrainer in Kasachstan für eine engere militärische Zusammenarbeit in der Region ausgesprochen.

„Wir halten es für wichtig, Partnerbeziehungen in der Marinesphäre zu entwickeln. Insbesondere regelmäßige gegenseitige Besuche der Schiffe zu organisieren und die Praxis der gemeinsamen Teilnahme der Schiffe und ihrer Besatzungen an verschiedenen Veranstaltungen zu fördern“, sagte Putin am Sonntag im kasachischen Aktau. Eine solche Veranstaltung könne der Wettbewerb „Meerespokal“ sein, der im Rahmen der Internationalen Armeespiele in der kaspischen Region ausgetragen werde. Zugleich plädierte Putin für ein verstärktes Vorgehen gegen den Terrorismus. „In unmittelbarer Nähe des Kaspischen Meeres befinden sich Kriegsherde – im Nahen Osten und in Afghanistan. Daher erfordern das Leben selbst und die Interessen unserer Völker eine enge Zusammenarbeit“, so Putin.

Es sei wichtig, fuhr der russische Staatschef fort, dass die fünf Staaten eine systematische Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus und gegen die organisierte Kriminalität ausbauen. Dabei soll die Kooperation der Sicherheitsdienste und Grenzschutzbehörden der Staaten weiterentwickelt werden.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32192/37/321923751.jpg>

de.sputniknews.com: Antwort auf Sanktionen: Russland minimiert Investitionen in US-Wirtschaft.

Russland wird laut dem russischen Finanzminister Anton Siluanow als Antwort auf neue US-Sanktionen auch weiterhin seine Einlagen in US-Wertpapiere reduzieren und Verrechnungen in der Nationalwährung steigern.

„Wir haben unsere Einlagen in die US-Wirtschaft und US-Wertpapiere bis auf ein Minimum gesenkt und werden sie auch weiterhin reduzieren, wir werden mehr Verrechnungen nicht in US-Dollar, sondern in der Nationalwährung und in anderen Währungen, darunter auch in europäischer Währung, vornehmen“, sagte Siluanow im russischen Fernsehen. Letztendlich werde sich dies auch negativ auf die US-amerikanischen Investoren selbst auswirken, so der Finanzamtschef.

Die US-Administration hatte am Mittwoch neue Sanktionen gegen Russland angeblich wegen des Einsatzes von chemischen Waffen im britischen Salisbury verkündet. Den Quellen des TV-Senders NBC zufolge sieht das erste Paket ein volles Verbot für den Export elektronischer Geräte und Ersatzteile mit doppeltem Verwendungszweck nach Russland vor, das zweite

Paket solle die Senkung des Grades der diplomatischen Beziehungen, ein Verbot der Flüge von „Aeroflot“ in die USA und eine fast vollständige Einstellung des US-Exports beinhalten. Russland könne die zweite Sanktionswelle vermeiden, wenn es die Nichtanwendung von chemischen Waffen in der Zukunft garantieren würde, so das US-Außenministerium. Darüber hinaus sei in der vorigen Woche in den US-Kongress ein Gesetzentwurf mit einem ganzen Set antirussischer Maßnahmen, darunter mit Sanktionen gegen die neuen Staatsschulden Russlands und die Staatsbanken, eingebracht worden. Die von Sputnik befragten Experten betonten, dass bezüglich der Staatsbanken die Formulierungen im Dokument verschwommen seien, daher könne es zum Verbot der Verrechnungen in Dollar kommen, was äußerst schmerzhaft für Banken und den Rubelkurs sein könnte. Dabei hätten die Experten auch darauf hingewiesen, dass der Gesetzentwurf noch ernsthaft korrigiert werden oder überhaupt gar nicht verabschiedet werden könne.

Dan-news.info: Gratulation des Oberhaupts der DVR zum Tag der Bauleute

Sehr geehrte Bauleute!

Ich gratuliere zum Berufsfeiertag – dem Tag der Bauleute der Donezker Volksrepublik. Der Beruf des Bauarbeiters ist einer der ehrenvollsten und angesehensten. Dank Ihrer schöpferischen Arbeit wird die Republik wiederaufgebaut, entwickelt sich, wird schöner und bequemer für die Einwohner.

Heute leisten die republikanischen Bauleute eine wirkliche Heldentat der Arbeit. Die Arbeiten laufen im ganzen Land. Wohnraum wird wiederaufgebaut – es wurden bereits mehr als 30% der privaten und Mehrparteienwohnhäuser, die durch Beschüsse der ukrainischen Streitkräfte zerstört wurden, wiederaufgebaut. Die Rekonstruktionsarbeiten an Infrastrukturobjekten laufen. Zwei zehnstöckige Wohnhäuser in der Rosa-Luxemburg-Straße wurden wiederaufgebaut. Die Arbeiten der 1. Etappe zum Bau einer Kapelle und zu Verschönerungsarbeiten am Denkmalkomplex „Saur Mogila“ sind abgeschlossen. Es wurden Arbeiten zum Ausbau der vier Kontroll- und Passierpunkte mit der Ukraine und den drei Zollstellen mit der Russischen Föderation durchgeführt. Die Wiederaufbauarbeiten in den frontnahen Bezirken laufen. Ihre Arbeit zeigt konkrete Ergebnisse.

Heute gehen die Arbeiten weiter und vor unseren Bauleuten stehen immer noch viele für den Staat lebenswichtige Aufgaben. Das Wiederaufbauprogramm für Mehrparteienwohnhäuser und Objekte des sozialen Bereich geht weiter. Rekonstruktionsarbeiten an einer Reihe sehr wichtiger sozialer Objekte, die sich in einem reparaturbedürftigen Zustand befinden, sind geplant. Es ist noch sehr viel zu tun.

Zu Ihrem Berufsfeiertag wünsche ich allen Bauleuten Erfolge, Gelingen und eine starke Gesundheit. Dass Ihre schöpferische Arbeit ausschließlich friedlich sein wird und die Werke Ihrer Hände lange Jahrzehnte stehen werden! Zum Feiertag!

Das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik

Alexandr Sachartschenko

de.sputniknews.com: Sacharowa: Westen soll endlich für Bombenangriffe auf Jugoslawien einstehen.

Die westlichen Länder, die in Syrien nach Spuren von C-Waffen-Einsätzen suchen, sind für die Folgen der Nato-Bombenschläge in Serbien noch nicht aufgekommen. Dies erklärte die offizielle Pressesprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa bei ihrem Besuch in Belgrad.

Am Sonntag traf sich Sacharowa mit dem ersten Vizeministerpräsidenten und Außenminister Serbiens, Ivica Dačić, im Zentrum der Hauptstadt Belgrad.

„Wir sehen gerade jetzt die Aussagen, welche die westlichen Länder endlos bezüglich Syriens machen. Sie sind darüber besorgt, was dort vor sich geht, suchen da ständig nach (Spuren von

– Anm. d. Red.) einem Einsatz chemischer Waffen durch die syrische Regierung“, merkte Sacharowa an.

Obwohl es respektabel sei, dass sich die westlichen Staaten so stark um die humanitäre Lage im Nahen Osten kümmern, sollte man jedoch im Auge behalten, dass es „humanitäre Folgen auch in Europa“ gebe, räumte die Pressesprecherin ein.

„Wenn der Westen darüber spricht, sollte man vielleicht in erster Linie das behandeln, was er auf dem europäischen Kontinent getan hat, und die Verantwortung für diese Aktionen übernehmen“, so Sacharowa.

Zuvor hatte Sacharowa erörtert, dass serbische Bürger für die Folgen der Nato-Bombardierungen im Jahr 1999, bei denen angereichertes Uran verwendet worden war, entschädigt werden müssen, denn solche Entschädigungen werden bereits den Soldaten der Allianz gezahlt.

Das Parlament Serbiens hatte Mitte Mai die Zusammensetzung der Kommission genehmigt, welche die Folgen der Nato-Bombardierungen für die Bevölkerung des Landes ermitteln soll. 1999 hatte die bewaffnete Konfrontation der albanischen Separatisten von der paramilitärischen „Befreiungsarmee des Kosovo“ einerseits und der jugoslawischen Armee und Polizei andererseits die Nato-Bombenangriffe auf Jugoslawien zur Folge gehabt, das damals aus Serbien und Montenegro bestand. Die Nato-Luftschläge dauerten vom 24. März bis zum 10. Juni 1999 an. Die genaue Opferzahl dieser Operation ist bis heute nicht bekannt. Nach Angaben der serbischen Behörden kamen dabei etwa 2.500 Menschen ums Leben, darunter 89 Kinder. Weitere 12.500 Menschen wurden verletzt

Der materielle Schaden des Nato-Einsatzes wird auf 30 bis 100 Milliarden US-Dollar geschätzt. Jener Militäreinsatz wurde ohne Genehmigung des UN-Sicherheitsrates durchgeführt. Als Anlass dafür galt die Behauptung der westlichen Länder, die jugoslawischen Behörden hätten ethnische Säuberungen in der autonomen Provinz Kosovo unternommen und dort eine humanitäre Katastrophe provoziert.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32192/67/321926701.jpg>

de.sputniknews.com: Lawrow nennt US-Erklärung über Russlands „Schuld“ im Fall Skripal „absurd“.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat die Vorwürfe aus den USA in der Causa Sergej Skripal als absurd zurückgewiesen.

„Was die Abneigung gegen die jüngste von dem State Department veröffentlichte Akte betrifft, glaube ich, dass jeder, der halbwegs mit dem sogenannten Fall Skripal vertraut ist, die ganze Absurdität der Erklärung im offiziellen Dokument der Behörde verstehen wird, laut dem die USA festgestellt hatten, dass Russland an dem Vorfall in Salisbury schuldig sei“,

sagte Lawrow am Rande des Kaspj-Gipfels im kasachischen Aktau.

Am 4. März waren im britischen Salisbury Sergej Skripal, einst Oberst des russischen Militärnachrichtendienstes GRU, und seine Tochter Julia vergiftet worden, was einen großen internationalen Skandal provoziert hatte. London behauptet, Skripal und seine Tochter seien mit dem Stoff A234 vergiftet worden und wirft Moskau vor, in das Attentat verwickelt zu sein. Russland wies die Vorwürfe entschieden zurück.

Am 8. August verkündete die Administration des US-Präsidenten neue Sanktionen gegen Russland wegen des vermeintlichen C-Waffen-Einsatzes im britischen Salisbury.

de.sputniknews.com: Offenbar Munitionsunglück mit Dutzenden Toten in Syrien. Infolge einer Explosion in einem Munitionslager von Sarmada in der Provinz Idlib im Nordwesten Syriens sind mindestens 36 Menschen getötet und mehr als 40 verletzt worden. Dies meldet Sputnik unter Verweis auf eine nicht genannte Quelle in der syrischen Opposition.

„Die Zahl der Opfer im Waffenlager in Sarmada ist auf 36 Menschen gestiegen, mehr als 40 Verletzte sind in verschiedene Krankenhäuser gebracht worden“, so die Quelle.

Ihr zufolge befand sich das Lager im unteren Stockwerk eines Wohnhauses, und die Explosion führte zu dessen vollständigem Einsturz.

Die Quelle betonte, dass das Lager dem Waffenhändler Abu Yassin al-Homsi gehört habe. Sie fügte hinzu, dass die Ursache der Explosion bisher nicht festgestellt worden sei.

Nach Angaben westlicher Medien soll das Waffenlager einer mit der Al-Kaida verbundenen Gruppe gehört haben.

abends:

de.sputniknews.com: NI: USA bereiten sich auf Schlacht mit Russland um Nordatlantik vor. Die US-Marine bereitet sich auf ein Gegenüberstehen mit Russland im Nordatlantik vor. Darüber schreibt die amerikanische Zeitschrift „The National Interest“.

Die Zeitschrift zitiert in ihrem Artikel eine Erklärung des Befehlshabers der US-Marine, Admiral John Richardson, der in einem Interview darauf verwiesen hatte, dass die jüngste Aktivität der russischen U-Boote in dieser Region die stärkste seit 25 Jahren gewesen sei. Wie die Autoren des Artikels anmerken, sei eine ähnliche Äußerung auch aus dem Munde des Vizeadmirals Charles A. Richard erklingen, und zwar am Tage seiner Ernennung zum Befehlshaber der U-Boot-Flotte der USA. Diesen Posten bekleidet er seit dem 3. August. „Fertigmachen zum Gefecht! Das war der Befehl des Admirals Tofalo (des Vorgängers von Richard – Anm. d. Red.), und das ist auch mein Befehl. Nur dank der Gefechtsbereitschaft können wir ein Blutvergießen verhindern. Wenn es nicht gelingen sollte, dies zu tun, so erwartet und fordert unser Volk Siege. Wir werden es nicht enttäuschen!“, so der Vizeadmiral. Experten vertreten die Ansicht, dass derartige Erklärungen die Bestimmungen der Nationalen Verteidigungsstrategie für das Jahr 2018 widerspiegeln würden, gemäß der die Konfrontation mit Russland und China für die USA vorrangiger sei als der Kampf gegen den Terrorismus. Im Mai hatte das Kommando der US Navy die Neuschaffung der Zweiten Flotte bekannt gegeben und als deren Aktionsgebiet die Ostküste der USA und den Nordatlantik genannt. Die Hauptaufgabe dieses Schiffsverbandes, so die Zeitschrift, sei es, „den Gebietsansprüchen Moskaus“ in Bezug auf Washingtons Bündnispartner zu widerstehen.

Ungeachtet der Herausforderungen vonseiten der chinesischen U-Boote sei die US-Marine viel mehr wegen der Aktivitäten der russischen Kriegsflotte besorgt. Die Zeitschrift führt den Kommentar des Admirals der US Navy, James G. Foggo III, an, der im Jahr 2016 die Spannung in den Beziehungen zwischen Russland und den Vereinigten Staaten als die „vierte Schlacht um den Atlantik“ bezeichnet hatte. Mit den ersten drei meinte er die im Ersten und

Zweiten Weltkrieg und dann die im Kalten Krieg.

Die Autoren des Artikels machen auch auf die gestiegene Aktivität der chinesischen Marine aufmerksam. Sie schreiben, dass diese zum Jahr 2020 weitere 70 U-Boote in Dienst stellen wolle, und das neben denen, die sie dank der im letzten Jahrzehnt unternommenen Bemühungen schon bekommen habe.